

Galizien, wo die Bedingungen für ihre Ausbildung an den dortigen Universitäten Krakau und Lemberg besonders günstig waren.

Den zentralen Problemen Lagerung, Sicherung, Bearbeitung und Zugänglichmachung staatlicher Archivbestände wendet sich die Vf.in im vierten Kapitel zu. Hier finden sich zudem wichtige Informationen über die Übernahme von Akten der Behörden der Teilmächte und des im Ersten Weltkrieg entstandenen Archivguts durch die polnischen Staatsarchive. In diesem Aufgabenkomplex hatte die Revindikation von Archivalien aus der Zeit vor 1795 und der sich daran anschließenden Epoche der Teilungen, auf die der wiedererstandene polnische Staat Anspruch erhob, große Bedeutung. Anders als in Deutschland, Österreich und anderen europäischen Ländern, wo das Provenienzprinzip für die Bestandsbildung maßgebend ist (d.h. alle von einem Bestandsbildner produzierten Akten bleiben in dessen Bestand), besteht in Polen das Pertinenzprinzip, d.h. die untrennbare Zugehörigkeit der Archivalien zu dem Territorium, auf dem sie entstanden sind. Die Vf.in erläutert, daß letzteres gerade für die Archivpolitik solcher Staaten, die sich in der Vergangenheit teilweise oder gänzlich unter der Herrschaft fremder Staaten befunden hatten, geeignet erschien, um Archivgut zu erhalten, das sowohl von historischer Bedeutung als auch für die laufenden Verwaltungsgeschäfte erforderlich war. Während der polnische Archivdienst in Anbetracht der Grenzregelung des Versailler Vertrages nach außen mit dem Grundsatz der territorialen Pertinenz argumentierte, ging er bei der Abgrenzung und Zuordnung von Beständen in Polen selbst elastischer vor und erhob die „Nützlichkeit des archivalischen Fonds für die Wissenschaft“ zum obersten Kriterium.

Im fünften Kapitel stehen die Schwierigkeiten bei der Sicherung und Lagerung von Archivbeständen zur Zeit der Zweiten Republik im Mittelpunkt. Damals besaßen nur zwei der fünf Zentralarchive in Warschau eigene Gebäude. Noch schlechter sah es in der Provinz aus, wo nur die Archive in Grodno, Lemberg, Posen und Wilna über geeignete Domizile verfügten. Auf den in der Zwischenkriegszeit vorgesehenen Bau eines Zentralen Staatsarchivs in Warschau mußte aus Kostengründen verzichtet werden.

Kapitel 6 und 7 hängen insofern enger zusammen, als hier Fragen der Bearbeitung und Zugänglichmachung von Archivbeständen behandelt werden. Im abschließenden Kapitel 8 stellt die Vf.in die wissenschaftliche und redaktionelle Arbeit der Staatsarchive zwischen 1919 und 1939 dar, die ihren Schwerpunkt neben den Warschauer Zentralarchiven in den Staatsarchiven der Universitätsstädte wie Lemberg, Posen, Wilna, Lublin und Krakau hatte. Neben Monographien zur polnischen Landes- und Regionalgeschichte stellte die Edition von Quellen die wichtigste wissenschaftliche Aufgabe der polnischen Archivare jener Zeit dar. Ein detailliertes Quellen- und Literaturverzeichnis schließt den durch zahlreiche Tabellen ergänzten und durch ein Personenregister erschlossenen Band ab, der über viele Fakten und Zusammenhänge Aufschluß gibt, die dem deutschen Archivar und Historiker bisher unbekannt gewesen sind.

Berlin

Stefan Hartmann

Krzysztof Strykowski: Położenie osób wpisanych w Wielkopolsce na niemiecką listę narodowościową w latach 1945-1950. [Die Lage der Personen, die in Großpolen in den Jahren 1945-1950 in die Deutsche Volksliste eingetragen worden sind.] (Publikacje Instytutu Historii UAM, Bd. 62.) Instytut Historii UAM. Poznań 2004. 687 S., dt. Zusfass.

Gegenstand dieser klar gegliederten, materialreichen Habilitationsschrift ist das Schicksal der in der Region Wielkopolska in die Deutsche Volksliste eingetragenen Personen während der Jahre 1945-1950. Dabei vergleicht Krzysztof Strykowski die in Großpolen ergriffenen Maßnahmen mit denen in anderen Regionen Polens. Zugleich beleuchtet er die Einstellung der polnischen Bevölkerung, der Parteien und Organisationen zu den Volksdeutschen, die keine einheitliche Gruppe bildeten, sondern sowohl polnische Bürger deutscher Abstammung, die sich offen zu ihrer Nationalität bekannten, als auch Personen polnischer Nationalität umfaßten. Der größte Teil der herangezogenen Quellen stammt aus

großpolnischen Archiven, vor allem aus dem Staatsarchiv Posen und seinen Filialen. Daneben wurden Quellen zentraler Institutionen wie des Ministeriums für Staatssicherheit im Warschauer Hauptarchiv Neuer Akten und die Bestände des Zentralarchivs der Polnischen Arbeiterpartei berücksichtigt. Viele Informationen finden sich auch in der polnischen Presse der Nachkriegszeit.

Die Ergebnisse der Untersuchung werden in sieben Kapiteln präsentiert. Im ersten wird die deutsche Besatzungspolitik in Polen mit ihren Folgen für die Volksdeutschen und die polnische Bevölkerung dokumentiert. Das zweite Kapitel ist der unmittelbar vor oder nach dem Ende des Krieges erfolgten Flucht vieler Volksdeutscher und solcher Personen gewidmet, die im Dienst des NS-Regimes gestanden hatten. Daneben werden die ersten Repressalien, die zunächst von der Roten Armee ausgingen und dann vor allem vom polnischen Ministerium für Staatssicherheit veranlaßt wurden, behandelt. Hierfür sind die im dritten Kapitel geschilderten Verhältnisse im Lager Leszno-Gronowo ein Beispiel, in dem Tausende von Volksdeutschen festgehalten wurden. Der Vf. kann viele bisher unbekannte Details über die Lebensverhältnisse in diesem Zwangsarbeitslager berichten. Die meisten in Leszno-Gronowo inhaftierten Volks- und Reichsdeutschen wurden nach einiger Zeit nach Deutschland transportiert, wobei an ihre Stelle neue Häftlinge, darunter auch Angehörige der deutschen Wehrmacht, traten. Im folgenden Kapitel werden die Probleme der Aus- und Umsiedlung aus der Wojewodschaft Posen beschrieben. Die Vertreibung der Deutschen aus dieser Region verlief in vier Phasen. Die erste wurde noch vor der Potsdamer Konferenz von sowjetischen und polnischen Streitkräften durchgeführt, während die zweite von September 1945 bis Mai 1946 laufende Aktion in den Händen polnischer Zivilbehörden, vor allem des Generalbevollmächtigten für die wiedererlangten Gebiete, lag. Sie wurde begleitet von der Feindschaft der Bevölkerung gegenüber den Volksdeutschen, die ihren Höhepunkt im Herbst 1945 erreichte. Die dritte, vom Mai 1946 bis Ende 1947 währende Etappe, die den Höhepunkt der Vertreibung bildete, erfaßte Angehörige der Volkslisten I und II, die während der Okkupation ihre deutsche Volkszugehörigkeit deklariert hatten, sowie solche der Volkslisten III und IV, die sich zur Zeit der deutschen Besetzung gleichfalls zum Deutschtum bekannt hatten. In der im Frühjahr 1948 beginnenden und Mitte 1950 abgeschlossenen Schlußphase verließen die meisten der noch verbliebenen Volksdeutschen die Region Wielkopolska, wobei sie auch hier mehr dem Zwang als freiwilliger Entscheidung folgten. Dabei ist hervorzuheben, daß Ausreisende in die DDR von den polnischen Behörden liberaler behandelt wurden als solche, die in die Bundesrepublik Deutschland gingen. Das fünfte Kapitel der Untersuchung informiert über die den Volksdeutschen auferlegte Zwangsarbeit, die von den Ämtern für Öffentliche Sicherheit und der Bürgermiliz organisiert wurde und zumeist in der Landwirtschaft und in industriellen Betrieben geleistet werden mußte. Der folgende Abschnitt ist den lokalen sowie den allgemein gültigen Vorschriften zur Verifizierung und Rehabilitierung bzw. Bestrafung der als „Volksverräter“ bezeichneten Volksdeutschen gewidmet. Anhand der von ihm benutzten Akten kann S. nachweisen, daß von den rund 29 000 Anträgen auf Rehabilitierung in der Wojewodschaft Posen in den Jahren 1945-1950 über 70% positiv entschieden wurden. Daneben gab es Fälle einer teilweisen Rehabilitierung, die die Enteignung der Betroffenen zugunsten des Staates zur Folge hatte. Bei den Rehabilitierten handelte es sich zumeist um Personen polnischer Nationalität, die auf Druck der deutschen Okkupationsbehörden in die Volksliste aufgenommen worden waren. Das abschließende Kapitel hat die Einstellung der polnischen Staats- und Selbstverwaltung, der politischen Parteien und öffentlichen Organisationen zur deutschen Bevölkerung und den Volksdeutschen zum Gegenstand.

Der Vf. macht die vielfältigen Ursachen und Faktoren deutlich, welche die Vertreibung der Deutschen aus dem Posener Gebiet in den ersten fünf Nachkriegsjahren bedingten. Das Hauptmotiv bildete Rache für die Okkupationspolitik des Dritten Reiches und die Gewalttaten gegenüber der polnischen Zivilbevölkerung. Daher akzeptierten die meisten Einwohner Großpolens, selbst diejenigen, die mit dem neuen Regime und seiner „Ordnung“ nicht

einverstanden waren, das Vorgehen der Behörden. Die Erfahrungen aus der Kriegs- und Besatzungszeit führten bei der polnischen Regierung und weiten Teilen der Bevölkerung zu der Ansicht, daß ein Zusammenleben zweier Nationen in einem Staat nicht möglich sei, und damit zur Ausgrenzung der deutschstämmigen Personen aus der polnischen Gesellschaft. Dem Vf. ist zuzustimmen, daß die Maßnahmen der polnischen Staatsverwaltung den gleichen Mustern folgten wie zuvor die deutsche Besatzungspolitik. Eine wichtige Bereicherung der Studie sind die zahlreichen Tabellen, die Umfang und Verlauf der Maßnahmen gegen die in die Volksliste eingetragenen Personen transparent machen, sowie der Annex bisher unbekannter Quellen zum Forschungsgegenstand.

Berlin

Stefan Hartmann

Jerzy Eisler: Polski rok 1968. [Das polnische Jahr 1968]. (Monografie, Bd. 22). Instytut Pamięci Narodowej. Warszawa 2006. 810 S., engl. Zusatz.

Jerzy Eisler setzt sich in der vorliegenden Monographie mit den sog. „Märzereignissen“ in Polen auseinander. Unter diesem Oberbegriff werden verschiedene gesellschaftliche Ereignisse subsumiert, die sich in der Zeit zwischen Mitte 1967 und Mitte 1968 abspielten. Dazu zählen insbesondere der Machtkampf innerhalb der regierenden kommunistischen Partei, die antisemitische Kampagne als ein bewußt eingesetztes Mittel der politischen Auseinandersetzung, die Unzufriedenheit unter den Intellektuellen, studentische Unruhen an den Hochschulen und die anschließende strafrechtliche Verfolgung vieler Protestteilnehmer.

Der Vf. der Studie schien für die Beschreibung dieses schwierigen und vielschichtigen Abschnittes der neueren polnischen Geschichte gut geeignet zu sein: Bereits 1991 publizierte er eine Monographie zum selben Thema¹ und leitet derzeit die Warschauer Filiale des Instituts für Nationales Gedenken (IPN). Die vorliegende Arbeit stellt keine Erweiterung der früheren dar, sondern erschließt viele bislang unbekannte Quellen, vor allem die im IPN aufbewahrten Dokumente des polnischen Sicherheitsdienstes aus den 1960er Jahren des 20. Jh.s.

Die Annahme, daß sowohl die Vorgeschichte der „Märzereignisse“ als auch die wichtigsten programmatischen Aussagen der Intellektuellen wie der Studenten aus dieser Zeit bekannt seien, bewog E. zu einer knappen Behandlung dieser Aspekte sowie zu einer thematisch statt chronologisch geordneten Darstellung. Dadurch aber wurde das Verständnis der Geschehnisse für einen weniger kundigen Leser erschwert: So wird z.B. die jüdische Emigration aus Polen 1968 und in den darauffolgenden Jahren im dritten Kapitel behandelt, während der Vf. den politischen Hintergrund und die Propaganda-Kampagne, die dieser Emigration vorangingen und sie maßgeblich verursacht hatten, erst einige hundert Seiten weiter schildert. Des weiteren werden selbst wichtige programmatische Aussagen der Studentenbewegung nur kurz angerissen. Aus diesen Gründen erfüllt das Werk trotz seines imposanten Umfangs eher die Funktion eines Ergänzungsbandes und gibt kein vollständiges Bild der Geschehnisse in Polen von 1968 wieder. Um dieses zu erhalten, muß der interessierte Leser auch auf die früheren Arbeiten und Quelleneditionen zurückgreifen.

E. hatte sich vorgenommen, vor allem die bisher unbekannten Aspekte der Ereignisse aufzuzeigen. Zu diesen gehören in erster Linie die Proteste außerhalb der Hauptstadt, deren Rekonstruktion in der Arbeit viel Raum einnimmt. Der Vf. stellt dabei fest, daß die Protestwelle einen viel breiteren Umfang hatte, als dies bisher angenommen wurde. Zu Unruhen kam es auch in vielen kleineren, in der Provinz gelegenen Städten. Des weiteren waren daran nicht nur Studenten, sondern auch Schüler und junge Arbeiter beteiligt. Aufgrund dieses Befundes stellt der Vf. die These auf, daß es sich bei den „Märzereignissen“

¹ JERZY EISLER: *Marzec 1968. Geneza, przebieg, konsekwencje* [März 1968. Ursprung, Verlauf, Konsequenzen], Warszawa 1991.